

Antrag

der Abgeordneten Bärbel Höhn, Hans-Josef Fell, Ingrid Nestle, Oliver Krischer, Sylvia Kotting-Uhl, Undine Kurth (Quedlinburg), Dr. Hermann Ott, Dorothea Steiner, Cornelia Behm, Bettina Herlitzius, Winfried Hermann, Ulrike Höfken, Dr. Anton Hofreiter, Friedrich Ostendorff, Daniela Wagner, Dr. Valerie Wilms und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Klimaverträgliche Energien für Europa – Erneuerbar, effizient, sicher

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Bereits in den nächsten Jahren entscheidet sich, ob es der Europäischen Union gelingt, ihre Energieversorgung grundlegend zu transformieren und so den Grundstein für eine klimaverträgliche, sichere und bezahlbare Energieversorgung zu legen. Entscheidende Rahmenbedingungen für diese Neuausrichtung sind die globale Klimaänderung, die absehbare Endlichkeit fossiler und nuklearer Brennstoffe und die hohe Verletzlichkeit von Unternehmen und Verbrauchern gegenüber Preissteigerungen für importierte Energieträger.

Der Europäische Rat und die EU-Kommission sind noch weit davon entfernt, die erforderlichen politischen und rechtlichen Grundlagen für diesen Transformationsprozess zu legen. Dies wurde zuletzt deutlich beim EU-Sondergipfel zur Europäischen Energiepolitik Anfang Februar 2011. Weder wurde hier ein verbindliches Ziel für die Steigerung der Energieeffizienz noch für den Ausbau erneuerbarer Energien nach 2020 festgelegt. Dazu kommt, dass auch beim Aus- und Umbau der Energieinfrastruktur zentrale Fragen wie die künftige Finanzierung offen sind. Energieversorgungssicherheit soll im Wesentlichen mit fossilen und atomaren Investitionen erreicht werden, wobei das heimische große Potential der erneuerbaren Energien nicht die mögliche zentrale Rolle spielt. Eine Anhebung des Klimaschutzziels auf minus 30 Prozent gegenüber 1990 bis 2020 wurde beim EU-Gipfel nicht einmal thematisiert. Zudem wurde ein Vorrang für so genannte CO₂-armer Technologien beschlossen, zu denen auch die nicht verantwortbare Atomkraft sowie die unwirtschaftliche CCS-Technologie (CCS = Carbon Capture and Storage) zählen.

Es ist nicht zu erkennen, welche wirksamen Strategien die EU in absehbarer Zeit als Antwort auf die sich verknappenden konventionellen Energierohstoffe und auf die hohe Importabhängigkeit der EU entfaltet. Die wesentlichen Investitionen zur Sicherung der Energieversorgung sollen in neuen Infrastrukturen zur weiteren Importabhängigkeitserhöhung wie neue Pipelines oder Terminals gehen, statt eine offensive Erschließung der im Überfluss vorhandenen heimischen Ressourcen wie Sonne, Wind, Wasser, Erdwärme und Bioenergien voranzutreiben. Damit läuft die EU Gefahr, nach dem Überschreiten des so genannten Peak of Oil, welcher für Rohöl möglicherweise bereits 2006 erfolgte, Preissteigerungen und machtpolitischen Spannungen zunehmend hilflos ausgeliefert zu sein.

Die Beibehaltung der aktuellen EU-Klima- und -Energiepolitik führt unweigerlich zum Verfehlen der klimapolitischen Zielsetzungen, nämlich der Begrenzung der Erderwärmung auf unter 2 °C. Nach Berechnungen des Öko-Instituts e. V. würde die EU bis 2020 die Treibhausgasemission um 19 Prozent, bis 2030 um 25 Prozent und bis 2050 um 38 Prozent senken. Erneuerbare Energien würden 2020 lediglich 13 Prozent, 2050 etwa 24 Prozent des Primärenergiebedarfs abdecken. Mitte des Jahrhunderts basierte die Energieversorgung damit immer noch überwiegend auf klimaschädlichen fossilen Energieträgern. Dies hätte gravierende negative Folgen für das Klima – es wäre eine Erwärmung um weit über 4 °C zu befürchten – sowie für die wirtschaftliche Entwicklung und die Innovationskraft Europas.

In einer konsequenten Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien und Energieeffizienz liegen große Chancen für Klimaschutz und Energieversorgungssicherheit, die von Rat und EU-Kommission nicht länger ignoriert werden dürfen. Europa kann zum Motor des globalen Klimaschutzes werden, eine Führungsrolle im zunehmend wichtigen Markt für klimaverträgliche Technologien einnehmen und massiv neue Arbeitsplätze schaffen – bereits 2020 könnten 4,5 Millionen Menschen in Europa in der Erneuerbare-Energien-Branche arbeiten. Nicht zuletzt würde die Abhängigkeit von Energieimporten deutlich gesenkt. Schon 2020 könnte eine ambitionierte Energiepolitik eine Einsparung von jährlich 130 Mrd. Euro an Brennstoffkosten erbringen; bis 2050 könnte diese auf über 450 Mrd. Euro ansteigen.

Eine konsistente Klimaschutzstrategie muss vom Ziel her gedacht und angegangen werden. Soll die vom Menschen verursachte Erderwärmung unter 2 °C gehalten werden, müsste sich die Klimagasemission in der Europäischen Union um 90 Prozent verringern. Für den Energiesektor bedeutet dies die vollständige und schnellstmögliche Umstellung der Energieversorgung auf erneuerbare Energien sowie ein Höchstmaß an Energieeffizienz.

Gerade aufgrund des im Energiesektor häufig langfristig gebundenen Kapitalstocks (etwa in Form von Kraftwerken, Netzen, Gebäuden) müssen heute die richtigen Weichen für die Energieversorgung der kommenden Jahrzehnte gestellt werden. Dazu bedarf es verbindlicher Zielsetzungen für die Emissionsminderung, den Ausbau erneuerbarer Energien und die Energieeffizienz auch über das Jahr 2020 hinaus.

Der EU-Gipfel hat die EU-Kommission aufgefordert, neue Vorschläge zur Steigerung der Energieeffizienz vorzulegen. Dies ist dringend erforderlich, zumal die Mitgliedstaaten statt des anvisierten Ziels einer 20-prozentigen Effizienzsteigerung lediglich rund 10 Prozent erreichen werden. Deutschland ist mit einer Quote von minus 12 Prozent maßgeblich für diesen drohenden Fehlschlag verantwortlich. Die Bundesregierung steht hier in der Pflicht, die EU-Kommission zu unterstützen und die Energieeffizienz auf nationaler Ebene massiv voranzubringen.

Die Regierungschefs haben die EU-Kommission zudem beauftragt, nationale Fördersysteme für erneuerbare Energien zu stabilisieren. Dabei ist zu berücksichtigen, dass sich die Festpreisvergütung als effizientestes und wirksamstes Instrument zur Förderung erneuerbar erzeugten Stroms erwiesen hat. Die Bundesregierung sollte sich dafür einsetzen, dieses Instrument als treibende Kraft für die Umstellung der europäischen Energieversorgung auf erneuerbare Energien weiterzuentwickeln.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene einzusetzen für

- die Einführung eines EU-weiten CO₂-Minderungsziels von mindestens 30 Prozent bis 2020 gegenüber 1990,

- die verbindliche Festlegung eines Einsparziels von minus 20 Prozent bis 2020,
- die Vereinbarung verbindlicher Zielsetzungen für den Ausbau erneuerbarer Energien bis zu einer 100-prozentigen Vollversorgung mit erneuerbaren Energien für den Zeitraum bis 2050, wobei eine Vollversorgung mit Strom aus erneuerbaren Energien bereits bis 2030 anzustreben ist,
- eine Vorrangregelung für den Ausbau erneuerbarer Energien und die Steigerung der Energieeffizienz gegenüber so genannten CO₂-armen Technologien, zu denen z. B. auch die Atomkraft und Kohlekraftwerke mit CCS zählen, deren Risiken nicht zu verantworten sind,
- einen verbindlichen Fahrplan sowie Energiestandards bei der Sanierung von Gebäuden einzusetzen; Ziel muss es sein, die Sanierungsquote auf etwa 3 Prozent jährlich zu steigern,
- die Einführung strenger Energiestandards für Geräte und Anlagen sowie für die Anwendung des Top-Runner-Ansatzes,
- eine rasche Klärung bei der Finanzierung des Energieinfrastrukturpakets der EU unter Beteiligung der öffentlichen Hand,
- die Nutzung des großen Potentials der erneuerbaren Energien für die Ziele der Energiesicherheit, um so die Importabhängigkeit der EU von Energierohstoffen schnell zu reduzieren.

Berlin, den 8. Februar 2011

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

